

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIII. Jahrgang, Nr. 12

Dezember 1950

Inhalt

Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1950/51

Rückblick auf das Jahr 1950 — Vorschau auf das Jahr 1951

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt; Die Kreditausweitung im III. Quartal 1950 — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne; Berücksichtigung von Qualitätsänderungen im Lebenshaltungskostenindex; Der Baukostenindex — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel

Die Rohwarenmärkte im vierten Quartal 1950

Österreichs Brotverbrauch

Österreichische Wirtschaftszahlen (Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Internationale Wirtschaftszahlen (Weltmarktpreise)

Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1950/51

Rückblick auf das Jahr 1950

Die österreichische Wirtschaft konnte auch im Jahre 1950 auf wichtigen Gebieten Fortschritte erzielen. Industrieproduktion, Ausfuhr, Teile der landwirtschaftlichen Produktion und Fremdenverkehr erreichten neue Nachkriegshöhepunkte¹⁾. Trotz Rückgang der Auslandshilfe konnte der Lebensstandard der österreichischen Bevölkerung verbessert werden und eine hohe Investitionsrate schuf die Voraussetzungen für weitere Leistungssteigerungen in den kommenden Jahren.

Die *Industrieproduktion* stieg im Jahre 1950 dank dem allmählichen „Reifen“ der hohen Investitionen, dem Nachholen des technischen Fortschrittes im Auslande, dank den verstärkten Rationalisierungsmaßnahmen sowie einer besseren Rohstoff- und Energieversorgung um 18% und überschritt damit bereits um 39% den Vorkriegsstand. Die Produktionszunahme war vorwiegend einer höheren *Produktivität* zu verdanken. Während die industrielle Beschäftigung nur um 4,7% zunahm, stieg die Produktivität (Produktion je Beschäftigten) um 10,2% und erreichte 87% von 1937.

Die *Landwirtschaft* konnte vor allem die tierische Produktion steigern. Infolge günstiger Preisrelationen — Anfang 1950 stand der Preisindex für tierische Produkte auf 517,7 (1937 = 100), der für pflanzliche Produkte dagegen auf 368,7 — und einer besseren

Futtermittelversorgung wurde um 30% mehr Fleisch und um 5% mehr Milch²⁾ erzeugt als im Jahre 1949. Auch die Aufstockung der Viehbestände schritt weiter fort. (Der Schweinebestand erhöhte sich um 31%.) Über die pflanzliche Produktion liegen erst teilweise endgültige Ergebnisse vor. Die Brotgetreideernte dürfte wahrscheinlich etwas größer gewesen sein als im Jahre 1949. Die Marktleistung wird jedoch die vom Jahre 1949 bedeutend unterschreiten, da infolge schlechter Futtergetreideernte und unzureichender Futtermiteleinfuhr größerer Mengen von Brotgetreide verfüttert werden. Gute Ernten wurden hingegen bei Hackfrüchten erzielt. Die Produktion von Kartoffeln stieg um etwa ein Viertel, die von Zuckerrüben sogar um 80%. Das Volumen der landwirtschaftlichen Produktion kann auf Grund vorläufiger Ergebnisse auf 90% von 1937 geschätzt werden, d. s. um 17% mehr als im Jahre 1949.

Über *Erwartungen* stark hat sich der *Export* belebt. Das Ausfuhrvolumen stieg von 65,9 (1937 = 100) im III. Quartal 1949 (vor den internationalen Währungsabwertungen) auf 95,7 im III. Quartal 1950, also um 45%. Im November 1950 — dem letzten bisher vorliegenden Monatsergebnis — wurden, begünstigt durch die internationale Rüstungskonjunktur, Waren im Werte von 765 Mill. S exportiert, d. s. — unter Berücksichtigung der Preissteigerungen — bereits um

²⁾ Die Marktleistung war um 120.000 t oder 16% höher als im Jahre 1949.

¹⁾ Vorläufige Schätzungen.

40 % mehr als im Jahre 1937. Dank der starken Ausfuhrsteigerung konnte trotz Rückgang der Auslandshilfe — im Rahmen der direkten und indirekten ERP-Hilfe wurden im Jahre 1949 Waren im Werte von 290 Mill. \$ geliefert, im Jahre 1950 dagegen nur noch knapp 200 Mill. \$ — das Importvolumen des Jahres 1949 aufrechterhalten und die für eine reibungslose Abwicklung des internationalen Handels unerläßlichen Mindestreserven an valutarischen Zahlungsmitteln angesammelt werden. Die von der Österreichischen Nationalbank ausgewiesenen Bestände an Gold und Devisen erhöhten sich binnen Jahresfrist (von Ende 1949 bis Ende 1950) um 305 Mill. S. Die gesamten valutarischen Reserven der österreichischen Wirtschaft wurden gegenwärtig etwa eineinhalb Mrd. S betragen.

Auch der *Fremdenverkehr* nahm einen sprunghaften Ausschlag. Seit durch Einführung des Prämienkurses für Dienstleistungen Österreich zum „billigsten Reiseland der Welt“ wurde, hat sich die Zahl der ausländischen Reisenden mehr als verdoppelt. Die Gesamtzahl der Ausländerübernachtungen wird im Fremdenverkehrsjahr 1949/50 auf 475 Mill. geschätzt (70 % von 1930/37) gegenüber 210 Mill. im Jahre 1948/49. Der ausländische Gästestrom richtete sich fast ausschließlich nach dem Westen Österreichs, dessen Beherbergungsgebiete nicht nur eine Mengenkonjunktur, sondern vor allem auch eine kräftige Preiskonjunktur erlebten. Der aus dem Fremdenverkehr fließende Deviseneingang war allerdings außerordentlich gering. Obwohl die Zahl der Übernachtungen bereits 70 % von 1936/37 erreichte, dürften kaufkraftmäßig nur etwa 20 % des Devisenerlöses der Vorkriegszeit eingegangen sein.

Im Gegensatz zur Leistungssteigerung in den übrigen Wirtschaftszweigen hat das *Verkehrsvolumen* der Bundesbahnen bereits im Jahre 1949 seinen nachkriegsbedingten Höhepunkt überschritten. Im Durchschnitt der ersten 10 Monate des Jahres 1950 war die Verkehrsleistung (gemessen in Nutzlast-Tonnenkilometern) im Personenverkehr um 07 % und im Güterverkehr — hauptsächlich infolge eines rückläufigen Transitverkehrs — um 33 % niedriger als im Jahre 1949, lag aber noch immer um 349 % und 432 % über dem Stand vom Jahre 1937. Der leichte Rückgang des Verkehrsvolumens der Bundesbahnen wurde allerdings durch einen verstärkten Straßenverkehr weitgehend wettgemacht. Die Verkehrsdaten der Omnibuskraftlinien sowie die raschen Fortschritte in der Motorisierung lassen erkennen, daß die Verkehrsleistungen auf der Straße sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr beachtlich gestiegen sind.

Faßt man die Leistungen der einzelnen Wirtschaftsgruppen zusammen, so läßt sich für das Jahr 1950 eine Steigerung des gesamten *Sozialproduktes* in der Größenordnung von 10 % schätzen. Die Gesamtproduktion der österreichischen Wirtschaft an Gütern und Leistungen dürfte damit bereits um etwa 10 % über dem Vorkriegsstand liegen. Hält man dem gegenüber, daß das Sozialprodukt im Jahre 1946 auf knapp die Hälfte des Vorkriegsstandes gesunken war, so läßt sich die bemerkenswerte Bilanz ziehen, daß es der österreichischen Wirtschaft innerhalb von vier Jahren gelungen ist, das Sozialprodukt mehr als zu verdoppeln.

Dank der Leistungssteigerung der heimischen Produktion konnten nicht nur der Rückgang der Auslandshilfe wettgemacht, sondern darüber hinaus auch ein Mehr an Gütern und Leistungen für Konsum und Investitionen bereitgestellt werden. Die *Bruttoinvestitionen* (ohne Lagerveränderung) waren — nach vorläufigen Ergebnissen — um etwa 8 % höher als im Jahre 1949 und mehr als doppelt so hoch wie im Jahre 1937. Die Zunahme erstreckte sich sowohl auf Bauleistungen als auch auf „sonstige Investitionsgüter“, wie Maschinen, Fahrzeuge, Elektrogeräte usw. Von den gesamten Bruttoinvestitionen in Höhe von 9 Mrd. S wurde etwa die Hälfte durch öffentliche Mittel und Counterparts und die Hälfte durch private Mittel finanziert.

Die anhaltend hohen Investitionen gestatteten auch im Jahre 1950 nur eine mäßige Steigerung des *privaten Konsums*. Wohl konnte der Verbrauch an wichtigen Nahrungsmitteln — vor allem Fleisch und Milch — sowie an gewerblichen Bedarfsgütern — Schuhe und Textilien — gesteigert und die Zusammensetzung des Verbrauches an die vorkriegsmäßigen Verhältnisse angenähert werden. Das gesamte Konsumniveau dürfte jedoch — je nachdem, ob man die einzelnen Verbrauchsmengen mit Preisen 1949 oder 1937 wiegt¹⁾ — erst 90 % bzw. 100 % von 1937 erreicht haben, obwohl die Bevölkerung um 5 % gestiegen ist und um 43 % mehr unselbständig-Erwerbstätige beschäftigt waren als im Jahre 1937.

Auf dem Gebiete der *Preise und Löhne* lassen sich im Jahre 1950 zwei deutlich voneinander unterscheidbare Phasen erkennen. Das erste Halbjahr 1950 stand sichtbar im Zeichen eines Abflauens der nachkriegsbedingten Überkonjunktur. Übergang vom Verkäufer- zum Käufermarkt, sinkende Preistendenz, bemerkenswerte Lohnstabilität sowie Lockerung der direkten Kontrollen deuteten auf eine fortschreitende Festigung der österreichischen Währung hin.

¹⁾ Siehe 7. Sonderheft, Jg. 1949, S. 11.

Ab Jahresmitte setzte infolge des Korea-Konfliktes und der darauf folgenden internationalen Rüstungskonjunktur ein deutlicher Tendenzumschwung ein. Nachfrage, Umsätze und Preise begannen zu steigen. Gleichzeitig wurde, zumindest teilweise, ein Abbau der ERP-Importsubventionen immer dringender und die Landwirtschaft forderte die Korrektur einiger bisher nachhinkender Agrarpreise. In dieser schwierigen Situation versuchte man ebenso wie in den letzten Jahren durch eine gleichzeitige und koordinierte Erhöhung von Preisen und Löhnen ein neues Gleichgewicht zu schaffen. Das im September 1950 abgeschlossene vierte Preis-Lohn-Abkommen gestand der Landwirtschaft höhere Preise für Brotgetreide und Zuckerrüben zu, baute etwa die Hälfte der Importsubventionen ab und gewährte sämtlichen unselbständig Erwerbstätigen eine Erhöhung ihrer Bezüge um durchschnittlich 14%. Infolge der ruckartigen Preis- und Lohnsteigerung im Zuge des vierten Preis-Lohn-Abkommens sowie der vom Weltmarkt ausgehenden Preisauftriebstendenzen stieg der (vorwiegend auf Rohstoffpreisen beruhende) Großhandelspreisindex im Jahre 1950 um 19%, der Lebenshaltungskostenindex dagegen, der allerdings infolge des friedensmäßigen Verbrauchsschemas die Erhöhung des Brotpreises nicht voll widerspiegelt, nur um 7%.

Trotz steigender Produktion nahm die *Arbeitslosigkeit* im Jahre 1950 weiter zu. Im Jahresdurchschnitt wurden 124.800 verfügbare Stellensuchende gezählt gegenüber nur 91.200 im Jahre 1949 und 43.400 im Jahre 1948. Wenngleich die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Jahre 1950 vorwiegend auf den Zustrom neuer Arbeitskräfte und auf verschärfte Saisonschwankungen zurückzuführen ist — die Zahl der Beschäftigten war im Jahresdurchschnitt etwa gleich hoch wie im Jahre 1949 —, so erscheint es doch bedenklich, daß die verfügbaren Stellensuchenden trotz hoher Auslandsnachfrage, hohen Investitionen und dem Winterbauprogramm Ende Dezember 1950 den hohen Stand von 182.700 erreichten, d. s. um 49.100 mehr als Ende 1949¹⁾.

Vorschau auf das Jahr 1951

Ungeachtet der Erfolge im Jahre 1950 steht die österreichische Wirtschaft im Jahre 1951 vor äußerst schwierigen Aufgaben. Die Auslandshilfe nimmt rapid ab, die internationale Rohstofflage verschärft sich zunehmend, die Probleme des Subventionsabbaus und der Neuadjustierung der Agrarpreisstruktur harren einer Lösung. Nicht zuletzt bereitet die Er-

haltung eines hohen Beschäftigtenstandes ernste Sorgen.

Die Österreich im Jahre 1951 zur Verfügung stehende *ERP-Hilfe* wird bedeutend niedriger sein als im Jahre 1950. Für das Wirtschaftsjahr 1950/51 wurde eine indirekte Hilfe von 80 Mill. \$ und eine direkte Hilfe von 76,8 Mill. \$, zusammen also 156,8 Mill. \$, gewährt. Einschließlich der nicht ausgenutzten Beträge aus der Hilfe 1949/50 und Sonderzuteilungen dürften im Wirtschaftsjahr 1950/51 insgesamt 165 Mill. \$²⁾ zur Verfügung stehen, d. s. um fast 100 Mill. \$ weniger als im Wirtschaftsjahr 1949/50. Für das Wirtschaftsjahr 1951/52 ist mit einem weiteren starken Rückgang zu rechnen, da sich das Interesse der USA in steigendem Maße der eigenen Rüstung und der Unterstützung der Atlantikpaktstaaten zuwendet.

Bis vor kurzem ließ ein Rückgang der Auslandshilfe ernste Zahlungsbilanzschwierigkeiten befürchten. Die ausländische Nachfrage nach österreichischen Produkten und die heimische Produktionsstruktur waren so unelastisch, daß die zur Deckung des lebenswichtigen Importbedarfes erforderliche Exportsteigerung nur unter Opfern — starke Verschlechterung der Austauschverhältnisse, Reibungsverluste, strukturelle Arbeitslosigkeit — hätte erzwungen werden können, die bedeutend größer gewesen wären als der unmittelbare Verlust der heimischen Wirtschaft durch den Rückgang der Auslandshilfe.

Infolge der internationalen Rüstungskonjunktur ist indessen das „strukturelle“ Defizit der österreichischen Zahlungsbilanz stark zurückgegangen. Die österreichische Ausfuhr an Rohstoffen und Fertigwaren zeigt seit Monaten eine stark steigende Tendenz und erreichte im November 1950 mit 140% von 1937 einen vorläufigen Höhepunkt, der noch vor kurzem auf lange Sicht unerreichbar schien. Angesichts dieser Entwicklung dürfte es — sofern nicht Rohstoffschwierigkeiten oder Einfuhrrestriktionen anderer Länder den Export übermäßig beeinträchtigen — nicht allzu schwierig sein, im Jahre 1951 den Rückgang der Auslandshilfe durch gesteigerte Exporte wettzumachen:

Dem Vorteil günstiger Exportmöglichkeiten stehen jedoch schwerwiegende Nachteile gegenüber. Die internationale Rüstungskonjunktur hat schon bisher nicht nur starke Preissteigerungen, sondern auch fühlbare Verknappungen auf den internationalen Rohstoffmärkten ausgelöst. Während man jedoch die bisherigen Verknappungen noch auf eine vorübergehende spekulative Nachfragesteigerung zurück-

¹⁾ Siehe Abschnitt „Arbeitslage“, S. 614.

²⁾ Das österreichische Importprogramm 1950/51 rechnet demgegenüber mit einem Defizit von 172,2 Mill. \$.

führen konnte, schwindet angesichts der nunmehr einsetzenden starken Rüstungen in den USA sowie in einigen anderen Staaten jede Hoffnung auf eine baldige Normalisierung der Rohstoffmärkte. In den USA ist man im Begriffe, die gesamte Wirtschaft konsequent auf Rüstung umzustellen. Eingriffe in die Produktion, drastische Verbrauchsbeschränkungen, Verwendungsverbote, Exportlizenzen sowie eine Reihe anderer Lenkungsmaßnahmen — u. a. wird an Preis- und Lohnstop gedacht sowie an ein Importverbot für Güter, die nicht im Inland hergestellt werden dürfen — zeigen, daß ein umfassendes Bewirtschaftungssystem aufgebaut wird, das zusammen mit Lenkungsmaßnahmen im Sterlinggebiet praktisch die gesamte Rohwarenwirtschaft einer strengen Lenkung unterwirft.

Diesen — sich nunmehr mit aller Deutlichkeit abzeichnenden — weltwirtschaftlichen Tendenzen wird sich auch die besonders stark von ausländischen Rohstoffen abhängige österreichische Wirtschaft nicht entziehen können. Eine stärkere Verknappung wichtiger Rohstoffe würde jedoch nicht nur die Bemühungen um eine weitere Steigerung von Produktion und Produktivität beeinträchtigen, sondern auch die Erhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes gefährden. Es ist daher für die weitere Entwicklung der österreichischen Wirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung, daß die Wirtschaftspolitik alle Anstrengungen unternimmt, den dringendsten Rohstoffbedarf zu sichern. Darüber hinaus wird es sich als notwendig erweisen, durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen rechtzeitig vorzusorgen, daß knappe Rohstoffe — gleichgültig ob inländischer oder ausländischer Herkunft — jenen Verwendungszwecken zufließen, wo sie dank einer hohen Verarbeitungsquote den größten Effekt für Beschäftigung und Export versprechen.

Selbst wenn sich die Befürchtung einer empfindlichen Rohstoffknappheit als unbegründet herausstellen sollte, wird es im Jahre 1951 schwierig sein, die Leistungen der österreichischen Wirtschaft weiter zu steigern, da die verfügbaren Kapazitäten bei wichtigen Schlüsselprodukten weitgehend ausgenutzt und nachkriegsbedingte Produktionsengpässe überwunden sind. Auch die Arbeitszeit ist in vielen Sparten an das wirtschaftliche und soziale Optimum herangerückt und kaum noch steigerungsfähig. Die Kurve der Leistungssteigerung zeigt bereits in den letzten Jahren in der Industrie eine deutliche Tendenz zur Verflachung. Während die Industrieproduktion im Jahre 1948 um 59% und im Jahre 1949 noch immer um 34% zunahm, betrug die Steigerung im Jahre 1950 nur noch 18%. Gleichzeitig sank die Steige-

rungsrate der industriellen Produktivität von 40% auf 21% und 10%. Selbst unter günstigen Bedingungen dürfte daher im Jahre 1951 die Produktionszunahme 10% und die Produktivitätssteigerung 8% kaum übersteigen.

Dazu kommt weiters, daß die Preis-Hausse auf den internationalen Rohstoffmärkten die Austauschverhältnisse im internationalen Handel zuungunsten Österreichs verschoben hat. Während die Ausfuhrpreise, berechnet auf Grundlage des Quantumindex vom III. Quartal 1949, bis zum III. Quartal 1950 nur um 50% gestiegen sind, wurde die kommerzielle Einfuhr um 63% teurer. Die anhaltende Rohstoffknappheit läßt eine weitere Verschlechterung der Austauschverhältnisse befürchten. Das bedeutet, daß Österreich in Zukunft einen größeren Teil seiner Produktion dem Export widmen muß, um die gleiche Einfuhrmenge zu finanzieren.

Unter diesen Umständen — „natürliche“ Verlangsamung von Produktions- und Produktivitätssteigerung, Rohstoffengpässe, Verschlechterung der internationalen Austauschverhältnisse — wird es schwierig sein, die Produktivität der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1951 auch nur so weit zu steigern, daß der Rückgang der Auslandshilfe durch eigene Produktion ersetzt wird. Das für Konsum und Investition im Inland verfügbare Sozialprodukt wird daher kaum größer sein als im Jahre 1950.

Angesichts einer — im ganzen gesehen — gleichbleibenden Güterversorgung ließe sich der Lebensstandard der österreichischen Bevölkerung im Jahre 1951 nur dann noch steigern, wenn man sich dazu entschliesse, die Investitionsrate zu kürzen. Für eine Umschichtung des verfügbaren Sozialproduktes zugunsten des Konsums spricht vor allem, daß die nicht-inflatorische Finanzierung der bisherigen hohen Investitionen mit dem Rückgange der Auslandshilfe wachsenden Schwierigkeiten begegnet. Auch die Neuadjustierung der verzerrten Agrarpreisstruktur sowie der Abbau der ERP-Subventionen bzw. ihre Übernahme in das Budget wäre bei steigendem Konsumniveau leichter.

Andererseits wird jedoch gegen einer stärkere Kürzung der Investitionsrate geltend gemacht, daß die gegenwärtige Exportkonjunktur nicht unbeschränkt anhalten wird. Es müsse daher angestrebt werden, die Leistungsfähigkeit der österreichischen Produktion durch hohe Investitionen so weit zu steigern, daß sie auch in einer ausgeglichenen Weltwirtschaft mit vorherrschendem Käufermarkt ohne übermäßige Anpassungsschwierigkeiten im internationalen Konkurrenzkampf bestehen könne. Dieses Argument gewinnt um so mehr an Bedeutung, als

der Ost-West-Handel kaum wieder den Umfang der Vorkriegszeit erreichen dürfte. Österreich muß daher durch Umstellung der Produktionsstruktur und Steigerung der Produktivität so weit als möglich auf die Gewinnung dauerhafter Absatz- und Bezugsmöglichkeiten in Westeuropa und in Übersee bedacht sein.

Außerdem läßt ein stärkerer Rückgang der Investitionen ein Steigen der Arbeitslosigkeit befürchten. Die österreichische Produktions- und Beschäftigungsstruktur hat sich in den letzten Jahren so weit auf eine hohe Investitionsgütererzeugung eingestellt, daß ein Nachlassen der inländischen Nachfrage, insbesondere im Baugewerbe, Produktionseinschränkungen und Freisetzung von Arbeitskräften zur Folge hätte. Wohl wird auf die Dauer eine Einschränkung des im Vergleich zum inländischen Sparvolumen überdimensionierten Bauvolumens unvermeidlich sein. Eine abrupte Drosselung der Nachfrage würde aber die Verzerrung der österreichischen Produktionsstruktur nicht beheben, sondern nur Arbeitslosigkeit schaffen und das Sozialprodukt vermindern. Gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen scheint jedoch ein weiteres Steigen der Arbeitslosigkeit sozial und politisch kaum tragbar, da sie Ende 1950 trotz internationaler Rüstungskonjunktur und hoher inländischer Nachfrage mit 182.700 verfügbaren Stellensuchenden oder 87% des Angebotes an Arbeitskräften bereits einen ungewöhnlich hohen Stand erreicht hat.

Die österreichische Wirtschaftspolitik neigt daher dazu — wie die Ansprüche an das Counterpartkonto und die forcierten Investitionen in den öffentlichen Budgets zeigen —, auch im Jahre 1951 an einem hohen Investitionsvolumen festzuhalten. Dieser Entschluß wird zweifellos die Erhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes erleichtern, wirft jedoch schwierige Finanzierungsprobleme auf. Dank der hohen Auslandshilfe, die einen bedeutenden Teil der Investitionstätigkeit direkt (Freigabe aus dem Counter-

partkonto) oder indirekt (Deckung der Kreditexpansion durch Überschüsse auf dem Counterpartkonto) finanzierte, konnte bisher trotz relativ niedrigem inländischen Sparvolumen ein beträchtlicher Teil des verfügbaren Sozialproduktes investiert werden. Mit dem Rückgang der Counterparteingänge läßt sich jedoch die bisherige hohe Investitionsrate nur dann ohne inflatorischen Auftrieb aufrechterhalten, wenn es gelingt, die inländische Spartätigkeit zu verstärken.

Einer Steigerung des inländischen Sparens sind indessen enge Grenzen gesetzt. Wohl wird die gegenwärtige Exportkonjunktur in vielen Fällen die Unternehmensgewinne und damit auch das Sparvolumen der österreichischen Wirtschaft erhöhen. Auch die öffentlichen Körperschaften bemühen sich, ihre Investitionsvorhaben weitgehend durch laufende Einnahmen (d. h. durch öffentliches Sparen) zu finanzieren. Schließlich wird auch die Neuregelung der Wohnbaufinanzierung dem Baugewerbe neue Mittel erschließen. Andererseits darf jedoch nicht übersehen werden, daß das vierte Preis-Lohn-Abkommen die Sparmöglichkeiten der öffentlichen Körperschaften und der gewerblichen Wirtschaft beschränkt hat. Das Sparen der unselbständig Erwerbstätigen dürfte hingegen nach wie vor unbedeutend sein, nicht nur weil der Lebensstandard noch immer sehr gering ist, sondern vor allem wegen der weltpolitischen Unsicherheit und der vom Weltmarkt ausgehenden Preisauftriebenden. Die österreichische Wirtschaftspolitik muß daher mit der Möglichkeit rechnen, daß sich das „freiwillige“ Sparen der österreichischen Bevölkerung im Vergleich zur geplanten Investitionstätigkeit als unzulänglich erweist und durch geeignete Maßnahmen — wobei „marktgerechte“ Methoden allein wohl kaum ausreichen dürften — rechtzeitig vorsorgen, daß die Konsumgüternachfrage zusammen mit der vorgesehenen Investitionsgüternachfrage das im Inland verfügbare Güter- und Leistungsvolumen nicht übersteigt.

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 631–632

Die Ausweitung des Geldvolumens hat sich im Oktober verlangsamt. Die zirkulierende Geldmenge (Notenumlauf plus freie Girokonten bei der Nationalbank — ohne jene von Kreditinstituten — plus Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten) erhöhte sich nur noch um 477 Mill. S¹⁾, gegenüber 422

Mill. S im September und 207 Mill. S im August. Die Verlangsamung ist darauf zurückzuführen, daß — bei steigendem Notenumlauf (plus 60 Mill. S) — die Scheckkonten nur relativ wenig zugenommen haben und sich die freien Girokonten öffentlicher Stellen bei der Nationalbank um 182 Mill. S verminderten.

Im November dürfte sich die seit Oktober beobachtbare Entwicklung, nämlich eine Umschichtung des Geldvolumens zugunsten des Notenumlaufes bei nur langsam steigender Gesamtzirkulation fortge-

¹⁾ Der Zuwachs des Geldvolumens seit Jahresbeginn beträgt 1.236,6 Mill. S (9,4%), seit der Währungsreform 4.986,4 Mill. S (54,5%).